

.02.2013

## PRESSEMITTEILUNG

### **Landeselternrat lehnt untergesetzliche Regelungen zur Inklusion ab; unzureichende Zusagen für notwendige finanzielle und personelle Ressourcen – Inklusion als Sparmodell muss verhindert werden!**

Der Landeselternrat Niedersachsen hat die derzeit in der Anhörung befindlichen untergesetzlichen Regelungen zur Inklusion abgelehnt. Er begrüßt zwar ausdrücklich die Bemühungen, den weiteren Rechtsrahmen zur Umsetzung der Inklusion an Schulen zu schaffen, sieht aber weiterhin ausgedehnten Handlungsbedarf. Die vorgelegten Erlasse leiden immer noch unter dem Mangel an finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen. Der Landeselternrat Niedersachsen betont dabei seine Forderung, dass die Inklusion als eine wichtige Querschnittsaufgabe nicht als Sparmodell umgesetzt werden darf.

Eine wesentliche Voraussetzung ist dabei die Fortbildung der Lehrkräfte, die derart erfolgen muss, dass die Lehrerinnen und Lehrer die an sie gerichteten Erwartungen auch erfüllen können. Im Bereich der Ausbildung neuer Lehrkräfte aller Schulformen müssen die Inhalte des Lehramtsstudiums **umgehend** verändert werden, damit alle Lehrkräfte inklusiven Unterricht erteilen können.

Aus Sicht des Landeselternrates Niedersachsen gibt es u.a. Nachsteuerungsbedarf im Hinblick auf die Ressourcenzuweisung in der Grundversorgung, bei den Pädagogischen Mitarbeitern und in der Präzisierung des Nachteilsausgleichs. Gemeinsam mit den Schulträgern sind vom Land auch die sächlichen Voraussetzungen für die inklusive Schule zu schaffen.

Der Landeselternrat Niedersachsen wird sich im Rahmen seiner Gespräche mit der neuen Kultusministerin daher auch weiter für Verbesserungen bei der Umsetzung der inklusiven Schule einsetzen.

Die vollständige Stellungnahme des Landeselternrates Niedersachsen ist dieser Pressemitteilung beigefügt.

Für Rückfragen steht Frau Hohagen gern zur Verfügung, Tel.: 0175 59 10 579.